

Der ver.di Ortsverein Medien München präsentiert:



BASS S T A T T BEFEHLE

14.11

DOORS OPEN AT

19:00

L I V E O N S T A G E

Loony - MC Smook - Secret Act

10 €

Gewerkschaftsmitglieder
(ver.di, IG Metall, GEW, usw.)

25 €

Soli-Ticket



MODERATION ROBERT KARO

Die Bundesregierung plant die Rückkehr zur Wehrpflicht.
Junge Menschen sollen wieder erfasst und für den
Militärdienst herangezogen werden können.
Wir sagen: Keine Wehrpflicht, keine Aufrüstung und
keine Normalisierung von Krieg und Militär.

KRANHALLE ■ FEIERWERK Hansastraße 39-41, 81373 München

Supported by:



Beschluss des 23. ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Mai 2026

Der DGB ist und bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“

Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.

Unsere Haltung bleibt klar: Der DGB lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes sowie die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab.

Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrerfassung lehnen wir ebenfalls ab.

Es besteht die Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden. Insbesondere der Einbeziehung von Frauen in eine Dienstpflicht erteilt der DGB eine klare Absage, solange Frauen nachweislich mehr unbezahlte Sorgearbeit für die Gesellschaft leisten als Männer (und auch im Erwerbsleben benachteiligt sind).

(...) Der DGB positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von sog. „Jugendoffizier*innen“ und allgemein jeden Werbeversuch für die Bundeswehr an Schulen strikt ab.

Auch ein freiwilliger Wehrdienst belastet insbesondere junge Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen. Für sie scheint der Dienst eine attraktive Alternative zu einer Ausbildung zu sein, die sie sich finanziell nicht leisten können. Doch ohne abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko, später in prekäre Beschäftigung zu geraten. So verstärkt selbst ein freiwilliger Dienst soziale Ungleichheit. (...)

Konkret fordert der DGB:

- Sicherstellung, dass junge Menschen ihre Lebens- und Berufsplanung selbstbestimmt gestalten können: Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht und keine Einführung von Pflichtdiensten.
- Fachkräftemangel in betroffenen Branchen strukturell angehen und mit guter Ausbildung zukunftsfähig werden, anstatt mit Wehr- und Dienstpflichten das Problem zu vertagen. Eine Dienstpflicht hilft weder im Sozial- und Pflegebereich noch in anderen Branchen – sie verschärft den Fachkräftemangel sogar in anderen Bereichen.
- Die Bundeswehr muss eine reine Verteidigungsarmee sein.
- Die Entscheidungsfreiheit bei Ausbildungswahl und persönliche Entwicklung zu mündigen und kritischen Bürger*innen für junge Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beschlissen auf dem 23. ordentlichen Bundeskongress des deutschen Gewerkschaftsbundes, Mai 2026)

V.i.S.d.P.: ver.di Ortsverein Medien München, Tom Talsky, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

ver di



bass.statt.befehle